

// GESCHÄFTSFÜHRUNG //

Bremen, 28.10.2016

Andreas Staets

Seite: 1 von 1

GEW Bremen: „Soziale Lage erfordert mehr Geld für Bildung!“

Bildungsgewerkschaft zur Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen.

Bremen – „Seit mindestens fünfzehn Jahren wissen wir um die enge Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft der Schülerinnen und Schüler im Deutschen Schulsystem. Nun belegt eine weitere Studie, dass sich daran nichts geändert hat“, ärgert sich GEW-Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann über das Ergebnis des „IQB-Bildungstrend 2015“, den das Berliner Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) heute vorgestellt hat. „Der Bildungsbereich in Deutschland und insbesondere im Land Bremen ist nach wie vor chronisch unterfinanziert. Solange dieses Bundesland das ärmste der Republik ist – und beim Anteil armer Menschen liegt Bremen weiterhin vorne –, wird es schwerlich die letzten Tabellenplätze verlassen. Es sei denn, die Landesregierung investiert überdurchschnittlich in Armutsbekämpfung und Bildung. Aber Bremen gibt im Gegenteil weniger Geld für die Bildung aus als die vergleichbaren Stadtstaaten, wie beispielsweise schon ein Blick auf die Schüler-Lehrer-Relation deutlich macht.“

Die GEW Bremen teil die Aussage von Bildungsstaatsrat Frank Pietrzok, dass deutlich „mehr Anstrengungen notwendig sind.“ Dies könne sich aber nicht auf die Lehrkräfte beziehen, die bereits am Limit arbeiten, wie gerade erst eine umfassende Studie in Niedersachsen eindrucksvoll belegt hat. Lehrkräfte konzentrierten sich selbstverständlich auf die Qualität des Unterrichts. Es mangle aber an den Arbeitsbedingungen. So könnten viele Förderlehrkräfte nicht fördern, weil sie Vertretungsunterricht machen müssten.

Eindeutig falsch nennt Winkelmann die Aussage des Staatsrats, die Ressourcen müssten „fokussiert eingesetzt werden“. „Es geht nicht um Fokussierung. Die Ressourcen reichen vorne und hinten nicht. Es gibt keine Mittel, die man umwidmen kann, es gibt nur zu wenig. Es kommt darauf an, die Kolleg*innen in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben auch erfüllen zu können. Allgemeinplätze werden nicht reichen,“ kommentiert der Sprecher der bremischen Bildungsgewerkschaft die Pressemitteilung der Bildungsbehörde.

Für Nachfragen steht zur Verfügung Bernd Winkelmann Telefon: 0162-97 31 230

GEW-Landesverband Bremen • Pressestelle
verantwortlich: Andreas Staets • E-Mail: staets@gew-hb.de